



Oft wird aus einer Bubelei rasch eine handfeste Prügelei. An vielen Schulen werden deshalb Schüler zu Streitschlichtern ausgebildet.

Foto: dpa

„Übergriffe können wir nie ausschließen“

Schwerpunkt Der Kinderschutzbund und das Jugendamt in Stuttgart haben die Kinderrechte zu ihrem Hauptthema 2010 erklärt. Die StZ stellt die zehn Punkte in einer Serie vor. Heute: das Recht auf Schutz im Krieg und das Recht auf Schutz vor Gewalt. Von Thomas Faltin

Auch in Stuttgart leben Kinder ständiger Angst vor der Abholung – es sind die Flüchtlingskinder, die nie wissen, ob sie mit ihren Eltern nicht doch zurückmüssen in jenes Land, in dem sie so viel Not und Schrecken erlebt haben. Rund 100 000 Familien in Deutschland besitzen lediglich eine Duldung, die alle paar Monate verlängert wird – oder auch nicht. Das Kinderrecht auf Schutz im Krieg und auf der Flucht besitzt deshalb für Uwe Bodmer, den Vorsitzenden des Stuttgarter Kinderschutzbundes, auch in Deutschland eine hohe Bedeutung. Denn es fordert, dass kein Kind in ein unsicheres Land zurückgeschickt werden darf und dass Flüchtlingskinder im neuen Land die gleichen Rechte wie die einheimischen Kinder haben.

Daran aber hapert es in Deutschland sehr. Die Hilfsorganisation Terre des hommes bezeichnet diese Gruppe als „Kinder zweiter Klasse“. Sie werden häufig in Sonderschulen abgeschoben, weil sie die deutsche Sprache nicht beherrschen, aber auch keine Sprachkurse bezahlt bekommen. Sie erhalten keine präventiven gesundheitlichen Maßnahmen, wie zum Beispiel Impfungen. Und Jugendliche dürfen nur mit besonderer Genehmigung eine Ausbildung beginnen. Uwe Bodmer findet es vor allem schlimm, dass viele Kinder dieser Familien hier geboren und vollkommen integriert sind, dann aber doch abgeschoben werden: „Bis jetzt können wir die Behörden nur bitten, milde zu sein – wir wollen aber klare Kriterien für das Bleiberecht.“

Ursache für die unsichere Situation ist, dass Deutschland die UN-Kinderrechtskonvention zwar ratifiziert hat, aber eine Vorbehaltserklärung abgegeben hat. So können die Flüchtlingskinder ihr Recht nicht einfordern. Bodmer hofft, dass sich dies bald ändert – die Bundesregierung hat erklärt, den Vorbehalt zurückzunehmen.

So lange versucht die Stadt Stuttgart zumindest im Kleinen, die Lage der Flüchtlingskinder zu erleichtern: „Wir unterstützen diese Kinder nach Kräften“, sagt die Kinderrechtsbeauftragte Roswitha Wenzl. So erhalten sie teilweise freiwillige Leistungen der Stadt. Und es ist mit den Behörden abgesprochen, dass bei Abschiebungen besonders behutsam vorgegangen wird, wenn Kinder betroffen sind. Uwe Bodmer ist das allerdings zu wenig: „Denn eine kinderfreundliche Abschiebung gibt es nicht.“

RECHT AUF SCHUTZ IM KRIEG



Foto: Achim Zweggarth

Levis, 12 Jahre: Krieg und Flucht – das kennen deutsche Kinder zum Glück nicht; weltweit sieht das aber völlig anders aus. Auch Levis, der in Ghana geboren wurde, ist dieses Recht vor Schutz im Kriegsfall nicht ganz fremd. In seiner Familie sei erzählt worden, dass Kinder in Afrika manchmal zurückgelassen werden, wenn es in Krisensituationen nicht genügend Essen für alle gebe. „Ich bin froh, dass ich in Deutschland lebe“, sagt Levis deshalb. Insgesamt wünscht sich Levis aber auch hier weniger Gewalt. Auch auf dem Schulhof seiner Wilhelmsschule in Wangen gebe es manchmal Streit; oft würden Schüler aggressiv. Die Lehrer würden aber meist nur sagen: Ihr seid alt genug, damit ihr das untereinander ausmacht. „Ich wünsche mir aber, dass der Lehrer eingreift“, sagt Levis. *fal*

Die Zahlen für Stuttgart sind beunruhigend: Im Jahr 2008 war das Jugendamt 873-mal aktiv geworden, weil der Verdacht bestand oder schon erhärtet war, dass Kinder misshandelt, vernachlässigt oder missbraucht wurden – allein im vergangenen Jahr stieg diese Zahl um 36 Prozent auf 1189 Fälle. Daniela Hörner, die Sprecherin des Stuttgarter Jugendamts, warnt zwar vor allzu schnellen Rückschlüssen: „Die Steigerung hängt auch mit der erhöhten Aufmerksamkeit der Behör-

RECHT AUF SCHUTZ VOR GEWALT



Foto: Achim Zweggarth

Simon, 11 Jahre: „Bei uns in der Klasse gibt es keine Gewalt“, sagt Simon von der Wilhelmsschule in Wangen: „Wir machen aber immer Quatsch und kriegen ab und zu eine Strafarbeit, weil wir mit Radiergummis schmeißen.“ Doch so ganz ohne Gewalterfahrungen ist auch der elfjährige Simon nicht. Im Winter gebe es oft Ärger auf dem Schulhof, weil ältere Schüler mit Schneebällen nach ihnen schmeißen. Und manchmal würden sie von anderen Schülern vom Fußballfeld vertrieben, obwohl sie nach dem Plan der Schule an diesem Tag dran sind. Das findet Simon extrem ungerecht. Gewalt hat bei vielen Kindern aber noch eine andere Seite: Manchmal spielt auch Simon auf seiner X-Box ein Spiel, bei dem man sich handfest gegen Zombies wehren muss. „Das macht Spaß“, gibt Simon zu. *fal*

den zusammen“, sagt sie. Doch beschönigt sie auch nichts: „Die Erziehungsfähigkeit der Eltern sinkt, immer mehr Familien erhalten zum Wohl der Kinder pädagogische Unterstützung, und die Einzelfälle sind problematischer geworden.“

Auch in Stuttgart hat das Kinderrecht auf Schutz vor Ausbeutung und Gewalt also einen ganz hohen Stellenwert bekommen. Seit den furchtbaren Tragödien – man erinnere sich an Kevin in Bremen – ist aber auch der Gesetzgeber aktiv geworden: Der Kinderschutz ist verstärkt worden, und die Stadt Stuttgart hat darauf reagiert, indem sie zu Beginn dieses Jahres 14 weitere Stellen beim Allgemeinen Sozialen Dienst geschaffen hat. Die Pädagogen sollen Kontakt zu mehr Familien aufnehmen und auch präventiv wirken. Zwei Familienhebammen kümmern sich um Säuglinge. Und im Olgahospital ist eine Einheit gegründet worden, die bei Verdacht auf gewalttätige Übergriffe auf Kinder aktiv wird.

Insgesamt sieht Daniela Hörner Stuttgart auf einem guten Weg. So habe die Zahl der Kinder, die man zu ihrem Schutz aus den Familien genommen habe, in den zurückliegenden Jahren recht konstant bei etwa 80 Kindern gelegen. Und lediglich 3,3 Prozent aller Kinder und Jugendlichen erhielten in Stuttgart verschiedene Erziehungs- und Hilfeangebote. Doch ist ihr klar: „Schreckliche Übergriffe können wir auch in Stuttgart nie ganz ausschließen.“

Termin Am 20. September findet im Rathaus eine Veranstaltung zum Thema Kinderrechte statt. Näheres unter www.stuttgart.de.

Wo hapert es mit den Kinderrechten in Stuttgart? Schicken Sie Ihre Kritik an lokales@stz.zgs.de oder formulieren Sie sie unter www.stuttgarter-zeitung.de/kinderrechte. Wir drucken einen Teil der Reaktionen ab.